

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zum Dokument vom 31. Mai 1996 zur Änderung des Vertrags vom 19. November 1990 über konventionelle Streitkräfte in Europa (Flankenvereinbarung)

A. Zielsetzung

Die Flankenvereinbarung ermöglicht der Russischen Föderation und der Ukraine, in der Flankenregion des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag), die in seinem Artikel V Abs. 1 Buchstabe A definiert ist, mehr gepanzerte Kampffahrzeuge, Kampfpanzer und Artilleriewaffen als bisher zu stationieren. Die nationalen Anteilshöchststärken werden dadurch nicht überschritten.

B. Lösung

Ratifizierung der Flankenvereinbarung.

Die Flankenvereinbarung bedarf der Mitwirkung der gesetzgebenden Körperschaften in Form eines Bundesgesetzes, da sie eine Änderung des KSE-Vertrags bewirkt, der seinerseits gemäß Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Gegenstand eines Gesetzes war (BGBl. 1991 II S. 1154, 1992 II S. 1036).

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Keine

Fristablauf: 08. 11. 96

Besonders eilbedürftige Vorlage gemäß Artikel 76 Abs. 2 Satz 4 GG

2. Vollzugsaufwand

Dem Bund entstehen durch das Gesetz geringe Personal- und Verwaltungskosten für die Durchführung der Zusatzinspektionen. Die Flankenvereinbarung gestattet den 30 Vertragsstaaten zusammen pro Jahr 11 Zusatzinspektionen, so daß die Verifikationsorganisation im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung voraussichtlich nicht mehr als eine Zusatzinspektion pro Jahr durchführen kann. Entsprechende Haushaltsmittel sind im Einzelplan 14 zu erwirtschaften. Ländern und Gemeinden entstehen durch das Gesetz keine zusätzlichen Kosten.

Auswirkungen auf die Einzelpreise und auf das Preisniveau sind nicht zu erwarten.

E. Sonstige Kosten (z. B. Kosten für die Wirtschaft, Kosten für soziale Sicherungssysteme)

Keine

27. 09. 96

AA

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes
zum Dokument vom 31. Mai 1996
zur Änderung des Vertrags vom 19. November 1990
über konventionelle Streitkräfte in Europa (Flankenvereinbarung)

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (212) – 378 50 – Ko 48/96

Bonn, den 27. September 1996

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 Satz 4 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zum Dokument vom 31. Mai 1996 zur Änderung des Vertrags vom 19. November 1990 über konventionelle Streitkräfte in Europa (Flankenvereinbarung)

mit Begründung und Vorblatt.

Die Vorlage ist besonders eilbedürftig, weil die endgültige Zustimmung der KSE-Vertragsstaaten bis zum 15. Dezember 1996 erfolgen muß. Andernfalls müßte die KSE-Flankenvereinbarung von den Vertragsstaaten erneut überprüft werden.

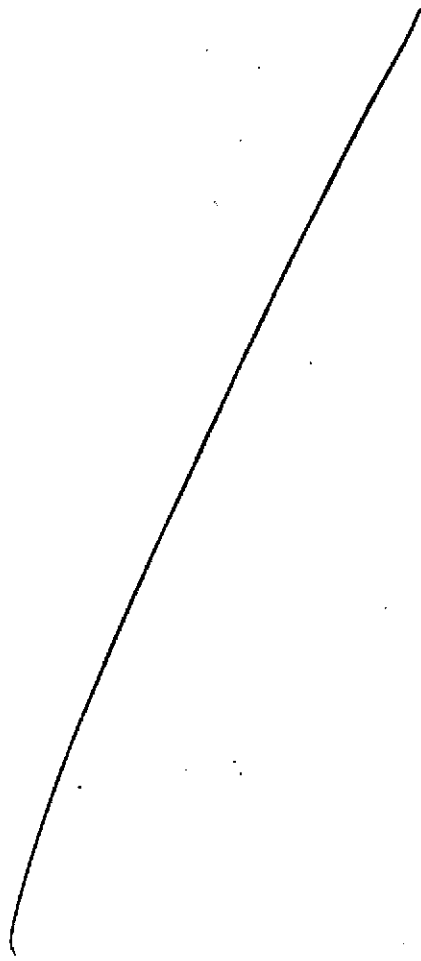
Federführend ist das Auswärtige Amt.

Dr. Helmut Kohl

Fristablauf: 08. 11. 96

Besonders eilbedürftige Vorlage gemäß Artikel 76 Abs. 2 Satz 4 GG

705/96



Entwurf**Gesetz****zum Dokument vom 31. Mai 1996
zur Änderung des Vertrags vom 19. November 1990
über konventionelle Streitkräfte in Europa (Flankenvereinbarung)****Vom**

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem von der ersten Konferenz zur Überprüfung der Wirkungsweise des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag – BGBl. 1991 II S. 1154, 1992 II S. 1036) und der Abschließenden Akte der Verhandlungen über Personalstärken in Wien am 31. Mai 1996 angenommenen Dokument, das von den Vertragsstaaten des Vertrags vom 19. November 1990 über konventionelle Streitkräfte in Europa vereinbart wurde, (Flankenvereinbarung) wird zugestimmt. Die Flankenvereinbarung wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem die Flankenvereinbarung nach ihrem Abschnitt VI in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Zustimmungsgesetz

Zu Artikel 1

Auf die Flankenvereinbarung findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem die Flankenvereinbarung nach ihrem Abschnitt VI für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Kosten

Die geringfügigen Personal- und Sachausgaben werden durch Umschichtungen im Einzelplan 14 gedeckt. Es entstehen deshalb keine Mehraufwendungen für die öffentlichen Haushalte.

Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

Durch das Zustimmungsgesetz entstehen Wirtschaftsunternehmen, insbesondere mittelständischen Unternehmen, keine Kosten.

Sonstige Auswirkungen

Auswirkungen auf die Umwelt und den Verkehr oder Folgen von frauenpolitischer Bedeutung sind nicht zu erwarten.

Dokument,
das von den Vertragsstaaten
des Vertrags vom 19. November 1990
über konventionelle Streitkräfte in Europa vereinbart wurde

Document
ayant fait l'objet
d'un accord entre les Etats Parties au Traité
sur les Forces armées conventionnelles en Europe en date du 19 novembre 1990

Document
agreed among the States Parties
to the Treaty on Conventional Armed Forces in Europe
of November 19, 1990

Die 30 Vertragsstaaten des Vertrags vom 19. November 1990 über konventionelle Streitkräfte in Europa, im folgenden als Vertrag bezeichnet,

sind wie folgt übereingekommen:

Les 30 Etats Parties au Traité sur les Forces armées conventionnelles en Europe, en date du 19 novembre 1990, ci-après dénommé le Traité,

Ont convenu de ce qui suit:

The 30 States Parties to the Treaty on Conventional Armed Forces in Europe of November 19, 1990, hereinafter referred to as the Treaty,

Have agreed as follows:

I
1. Jeder Vertragsstaat erfüllt in vollem Umfang unter Berücksichtigung der in diesem Dokument getroffenen Klarstellung bezüglich des in Artikel V Absatz 1 Buchstabe A des Vertrags beschriebenen Gebiets und unter Berücksichtigung der in diesem Dokument getroffenen Vereinbarungen bezüglich des Vertragsspielraums bis zum 31. Mai 1999 die im Vertrag einschließlich seines Artikels V festgelegten zahlenmäßigen Begrenzungen.

2. Absatz 1 dieses Abschnitts ist so auszulegen, daß kein Vertragsstaat, der zum Stichtag 1. Januar 1996 die im Vertrag einschließlich seines Artikels V festgelegten zahlenmäßigen Begrenzungen erfüllt hat, berechtigt ist, eine der im Vertrag festgelegten zahlenmäßigen Begrenzungen zu überschreiten.

3. Im Einklang mit dem Beschluß der Gemeinsamen Beratungsgruppe vom 17. November 1995 arbeiten die Vertragsstaaten im höchstmöglichen Ausmaß zusammen, um sicherzustellen, daß die Bestimmungen dieses Dokuments vollständig umgesetzt werden.

I
1. Tenant compte des précisions énoncées dans le présent Document en ce qui concerne la zone décrite à l'Article V, paragraphe 1(A), du Traité et tenant compte des interprétations relatives aux éléments de souplesse énoncés dans le présent Document, chaque Etat Partie se conforme pleinement aux limites numériques prévues dans le Traité, notamment à l'Article V, le 31 mai 1999 au plus tard.

2. Le paragraphe 1 de la présente section est compris de telle manière qu'il ne donne à aucun Etat Partie, qui était en conformité avec les limites numériques prévues dans le Traité, notamment à l'Article V, au 1^{er} janvier 1996, le droit de dépasser l'une quelconque des limites numériques prévues dans le Traité.

3. Conformément à la décision du Groupe consultatif commun en date du 17 novembre 1995, les Etats Parties coopèrent dans toute la mesure du possible pour garantir la pleine application des dispositions du présent Document.

I
1. Each State Party shall, taking into account the clarification set forth in this Document relating to the area described in Article V, subparagraph 1(A), of the Treaty and taking into account the understandings on flexibility set forth in this Document, comply fully with the numerical limitations set forth in the Treaty, including Article V thereof, no later than 31 May 1999.

2. Paragraph 1 of this Section shall be understood as not giving any State Party, which was in compliance with the numerical limitations set forth in the Treaty, including Article V thereof, as of 1 January 1996, the right to exceed any of the numerical limitations set forth in the Treaty.

3. Pursuant to the Decision of the Joint Consultative Group of 17 November 1995, the States Parties shall co-operate to the maximum extent possible to ensure the full implementation of the provisions of this Document.

II
1. Innerhalb des in Artikel V Absatz 1 Buchstabe A des Vertrags beschriebenen Gebiets, das zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Vertrags der Union der

II
1. Dans la zone décrite à l'Article V, paragraphe 1(A), du Traité, telle que la concevait l'Union des Républiques socialistes soviétiques au moment où le Traité a été

II
1. Within the area described in Article V, subparagraph 1(A), of the Treaty, as understood by the Union of Soviet Socialist Republics at the time the Treaty was

Sozialistischen Sowjetrepubliken zugerechnet wurde, begrenzt die Russische Föderation ihre Kampfpanzer, gepanzerten Kampffahrzeuge und Artilleriewaffen, so daß spätestens mit 31. Mai 1999 und danach die Gesamtzahl nicht größer ist als:

- (A) 1800 Kampfpanzer;
- (B) 3700 gepanzerte Kampffahrzeuge, davon werden nicht mehr als 552 innerhalb der Oblast Astrachan, nicht mehr als 552 innerhalb der Oblast Wolgograd, nicht mehr als 310 innerhalb des in Abschnitt III Absatz 1 dieses Dokuments beschriebenen östlichen Teils der Oblast Rostow und nicht mehr als 600 innerhalb der Oblast Pskow disloziert; und

(C) 2400 Artilleriewaffen.

2. Innerhalb der Oblast Odessa begrenzt die Ukraine ihre Kampfpanzer, gepanzerten Kampffahrzeuge und Artilleriewaffen, so daß mit der vorläufigen Anwendung dieses Dokuments und danach die Gesamtzahl nicht größer ist als:

- (A) 400 Kampfpanzer;
- (B) 400 gepanzerte Kampffahrzeuge; und
- (C) 350 Artilleriewaffen.

3. Mit der vorläufigen Anwendung dieses Dokuments und bis zum 31. Mai 1999 begrenzt die Russische Föderation ihre Kampfpanzer, gepanzerten Kampffahrzeuge und Artilleriewaffen innerhalb des in Artikel V Absatz 1 Buchstabe A des Vertrags beschriebenen Gebiets, das zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Vertrags der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zugerechnet wurde, so daß die Gesamtzahl nicht größer ist als:

- (A) 1897 Kampfpanzer;
- (B) 4397 gepanzerte Kampffahrzeuge; und
- (C) 2422 Artilleriewaffen.

III

1. Für die Zwecke dieses Dokuments und des Vertrags gilt das folgende Hoheitsgebiet der Russischen Föderation mit Stand vom 1. Januar 1996 als in dem in Artikel IV Absatz 2 des Vertrags beschriebenen Gebiet und nicht in dem in Artikel V Absatz 1 Buchstabe A des Vertrags beschriebenen Gebiet befindlich: die Oblast Pskow; die Oblast Wolgograd; die Oblast Astrachan; jener Teil der Oblast Rostow, der östlich der Linie Kuschtschewskaja – Wolgodonsk – Grenze der Oblast Wolgograd liegt und Wolgodonsk einschließt; und Kuschtschewskaja und ein schmaler Korridor im Kraj Krasnodar, der nach Kuschtschewskaja führt.

2. Für die Zwecke dieses Dokuments und des Vertrags gilt das Hoheitsgebiet der Oblast Odessa der Ukraine mit Stand vom 1. Januar 1996 als in dem in Artikel IV Absatz 3 des Vertrags beschriebenen Gebiet und nicht in dem in Artikel V Absatz 1 Buchstabe A des Vertrags beschriebenen Gebiet befindlich.

signé, la Fédération de Russie limite ses chars de bataille, véhicules blindés de combat et pièces d'artillerie de sorte que, le 31 mai 1999 au plus tard et ultérieurement, les quantités globales ne dépassent pas:

- (A) 1800 chars de bataille;
- (B) 3700 véhicules blindés de combat, dont 552 au maximum dans l'«oblast» d'Astrakhan, 552 au maximum dans l'«oblast» de Volgograd, 310 au maximum dans la partie orientale de l'«oblast» de Rostov décrite à la section III, paragraphe 1, du présent Document, et 600 au maximum dans l'«oblast» de Pskow; et

(C) 2400 pièces d'artillerie.

2. Dans l'«oblast» d'Odessa, l'Ukraine limite ses chars de bataille, véhicules blindés de combat et pièces d'artillerie de sorte que, dès l'application provisoire du présent Document et ultérieurement, les quantités globales ne dépassent pas:

- (A) 400 chars de bataille;
- (B) 400 véhicules blindés de combat; et
- (C) 350 pièces d'artillerie.

3. Dès l'application provisoire du présent Document et jusqu'au 31 mai 1999, la Fédération de Russie limite ses chars de bataille, véhicules blindés de combat et pièces d'artillerie dans la zone décrite à l'Article V, paragraphe 1(A), du Traité, telle que la concevait l'Union des Républiques socialistes soviétiques au moment où le Traité a été signé, de sorte que les quantités globales ne dépassent pas:

- (A) 1897 chars de bataille;
- (B) 4397 véhicules blindés de combat; et
- (C) 2422 pièces d'artillerie.

III

1. Aux fins du présent Document et du Traité, le territoire de la Fédération de Russie décrit ci-après, tel qu'il était constitué le 1^{er} janvier 1996, est considéré être situé dans la zone décrite à l'Article IV, paragraphe 2, du Traité et non pas dans la zone décrite à l'Article V, paragraphe 1(A), du Traité, et comprend: l'«oblast» de Pskov, l'«oblast» de Volgograd, l'«oblast» d'Astrakhan, la partie de l'«oblast» de Rostov située à l'est d'une ligne allant de Kouchtchewskaya à Wolgodonsk jusqu'à la frontière de l'«oblast» de Volgograd, comprenant notamment Wolgodonsk, Kouchtchewskaya et un étroit couloir traversant le «krai» de Krasnodar jusqu'à Kouchtchewskaya.

2. Aux fins du présent Document et du Traité, le territoire de l'«oblast» d'Odessa (Ukraine), tel qu'il était constitué le 1^{er} janvier 1996, est considéré être situé dans la zone décrite à l'Article IV, paragraphe 3, du Traité et non pas dans la zone décrite à l'Article V, paragraphe 1(A), du Traité.

signed, the Russian Federation shall limit its battle tanks, armoured combat vehicles, and artillery so that, no later than 31 May 1999 and thereafter, the aggregate numbers do not exceed:

- (A) 1,800 battle tanks;
- (B) 3,700 armoured combat vehicles, of which no more than 552 shall be located within the Astrakhan oblast; no more than 552 shall be located within the Volgograd oblast; no more than 310 shall be located within the eastern part of the Rostov oblast described in Section III, paragraph 1, of this Document; and no more than 600 shall be located within the Pskov oblast; and

(C) 2,400 pieces of artillery.

2. Within the Odessa oblast, Ukraine shall limit its battle tanks, armoured combat vehicles, and artillery so that, upon provisional application of this Document and thereafter, the aggregate numbers do not exceed:

- (A) 400 battle tanks;
- (B) 400 armoured combat vehicles; and
- (C) 350 pieces of artillery.

3. Upon provisional application of this Document and until 31 May 1999, the Russian Federation shall limit its battle tanks, armoured combat vehicles, and artillery, within the area described in Article V, subparagraph 1(A), of the Treaty, as understood by the Union of Soviet Socialist Republics at the time the Treaty was signed, so that the aggregate numbers do not exceed:

- (A) 1,897 battle tanks;
- (B) 4,397 armoured combat vehicles; and
- (C) 2,422 pieces of artillery.

III

1. For the purposes of this Document and the Treaty, the following territory, as constituted on 1 January 1996, of the Russian Federation shall be deemed to be located in the area described in Article IV, paragraph 2, of the Treaty rather than in the area described in Article V, subparagraph 1(A), of the Treaty: the Pskov oblast; the Volgograd oblast; the Astrakhan oblast; that part of the Rostov oblast east of the line extending from Kuschchewskaya to Wolgodonsk to the Volgograd oblast border, including Wolgodonsk; and Kuschchewskaya and a narrow corridor in Krasnodar kray leading to Kuschchewskaya.

2. For the purposes of this Document and the Treaty, the territory of the Odessa oblast, as constituted on 1 January 1996, of Ukraine shall be deemed to be located in the area described in Article IV, paragraph 3, of the Treaty rather than in the area described in Article V, subparagraph 1(A), of the Treaty.

IV

1. Die Vertragsstaaten prüfen im Zeitraum bis zum 31. Mai 1999 die Bestimmungen des Vertrags betreffend ausgewiesene ständige Lagerungsstätten dahingehend, daß alle in ausgewiesenen ständigen Lagerungsstätten vorhandenen Kampfpanzer, gepanzerten Kampffahrzeuge und Artilleriewaffen, einschließlich der von regionalen zahlenmäßigen Begrenzungen erfaßten, in aktiven Truppenteilen disloziert werden können.

2. Die Russische Föderation hat das Recht, die Bestimmungen des Vertrags betreffend die vorübergehende Dislozierung von Kampfpanzern, gepanzerten Kampffahrzeugen und Artilleriewaffen innerhalb ihres Hoheitsgebiets und außerhalb ihres Hoheitsgebiets in höchstmöglichem Ausmaß zu nutzen. Solche vorübergehende Dislozierungen in dem Hoheitsgebiet eines anderen Vertragsstaats kommen durch freie Verhandlungen unter vollständiger Achtung der Souveränität der beteiligten Vertragsstaaten zustande.

3. Die Russische Föderation hat das Recht, die Neuaufteilung der im Übereinkommen von Tashkent vom 15. Mai 1992 über die Prinzipien und Verfahren für die Durchführung des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa festgelegten derzeitigen Quoten für Kampfpanzer, gepanzerte Kampffahrzeuge und Artilleriewaffen im Einklang mit bestehenden Übereinkünften in höchstmöglichem Ausmaß zu nutzen. Solche Neuaufteilungen kommen durch freie Verhandlungen unter vollständiger Achtung der Souveränität der beteiligten Vertragsstaaten zustande.

4. Die Russische Föderation rechnet jedes gepanzerte Kampffahrzeug, das in ihrem Informationsaustausch zum 1. Januar 1996 als „soll abgezogen werden“ angeführt war und nicht bis zum 31. Mai 1999 abgezogen ist, auf die im Vertrag und in Abschnitt II Absatz 1 dieses Dokuments festgelegten zahlenmäßigen Begrenzungen an.

V

1. Zusätzlich zu dem nach Abschnitt VII Absatz 1 Buchstabe C des Protokolls über Notifikationen und Informationsaustausch erfolgenden jährlichen Informationsaustausch übermittelt die Russische Föderation nach der vorläufigen Anwendung dieses Dokuments und alle sechs Monate nach dem jährlichen Informationsaustausch Informationen gleich jenen im jährlichen Informationsaustausch über das in Artikel V Absatz 1 Buchstabe A des Vertrags beschriebene Gebiet, das zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Vertrags der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zugerechnet wurde. Im Falle von Kuschtschewskaja übermittelt die Russische Föderation diese zusätzlichen Informationen alle drei Monate nach dem jährlichen Informationsaustausch.

2. Mit der vorläufigen Anwendung dieses Dokuments übermittelt die Ukraine „F21“-Notifikationen für ihre Bestände innerhalb

IV

1. Les Etats Parties examinent, au cours de la période allant jusqu'au 31 mai 1999, les dispositions du Traité relatives aux dépôts permanents désignés de manière à permettre à tous les chars de bataille, véhicules blindés de combat et pièces d'artillerie situés dans des dépôts permanents désignés, notamment ceux qui sont soumis à des limites numériques régionales, d'être placés dans des unités d'active.

2. La Fédération de Russie a le droit de recourir dans toute la mesure du possible aux dispositions du Traité relatives au déploiement temporaire de chars de bataille, de véhicules blindés de combat et de pièces d'artillerie à l'intérieur et à l'extérieur de son territoire. Ces déploiements temporaires sur le territoire d'autres Etats Parties sont effectués au moyen de libres négociations et dans le plein respect de la souveraineté des Etats Parties concernés.

3. La Fédération de Russie a, conformément aux accords existants, le droit de recourir dans toute la mesure du possible à une réattribution des quotas actuels fixés pour les chars de bataille, les véhicules blindés de combat et les pièces d'artillerie par l'Accord sur les principes et procédures d'application du Traité sur les Forces armées conventionnelles en Europe, fait à Tachkent le 15 mai 1992. Ces réattributions sont effectuées au moyen de libres négociations et dans le plein respect de la souveraineté des Etats Parties concernés.

4. La Fédération de Russie soumet aux limites numériques fixées dans le Traité et au paragraphe 1 de la section II du présent Document tous les véhicules blindés de combat qui étaient indiqués dans l'échange d'informations du 1^{er} janvier 1996 comme «devant être retirés» et qui n'auront pas été retirés au 31 mai 1999.

V

1. Outre l'échange annuel d'informations effectué conformément à la Section VII, paragraphe 1(C), du Protocole sur la notification et l'échange d'informations, la Fédération de Russie communique les informations équivalentes à celles fournies dans le cadre de l'échange annuel d'informations sur la zone décrite à l'Article V, paragraphe 1(A), du Traité, telle que la concevait l'Union des Républiques socialistes soviétiques au moment où le Traité a été signé, dès l'application provisoire du présent Document et tous les six mois après l'échange annuel d'informations. Dans le cas de Kouchtchewskaya, la Fédération de Russie communique ces informations supplémentaires tous les trois mois, après l'échange annuel d'informations.

2. Dès l'application provisoire du présent Document, l'Ukraine fournit des notifications «F21» sur ses dotations dans l'«ob-

IV

1. The States Parties shall, during the period before 31 May 1999, examine the Treaty provisions on designated permanent storage sites so as to allow all battle tanks, armoured combat vehicles, and artillery in designated permanent storage sites, including those subject to regional numerical limitations, to be located with active units.

2. The Russian Federation shall have the right to utilize to the maximum extent possible the provisions of the Treaty on temporary deployment of battle tanks, armoured combat vehicles, and artillery within its territory and outside its territory. Such temporary deployments on the territory of other States Parties shall be achieved by means of free negotiations and with full respect for the sovereignty of the States Parties involved.

3. The Russian Federation shall have the right to utilize, to the maximum extent possible, reallocation, in accordance with existing agreements, of the current quotas for battle tanks, armoured combat vehicles, and artillery established by the Agreement on the Principles and Procedures for the Implementation of the Treaty on Conventional Armed Forces in Europe, done at Tashkent on 15 May 1992. Such reallocations shall be achieved by means of free negotiations and with full respect for the sovereignty of the States Parties involved.

4. The Russian Federation shall count against the numerical limitations established in the Treaty and paragraph 1 of Section II of this Document any armoured combat vehicles listed as "to be removed" in its information exchange of 1 January 1996 that are not so removed by 31 May 1999.

V

1. In addition to the annual information exchange provided pursuant to Section VII, subparagraph 1(C), of the Protocol on Notification and Exchange of Information, the Russian Federation shall provide information equal to that reported in the annual information exchange on the area described in Article V, subparagraph 1(A), of the Treaty, as understood by the Union of Soviet Socialist Republics at the time the Treaty was signed, upon provisional application of this Document and every six months after the annual information exchange. In the case of Kuchchewskaya, the Russian Federation shall provide such additional information every three months after the annual information exchange.

2. Upon provisional application of this Document, Ukraine shall provide "F21" notifications for its holdings within the

der Oblast Odessa auf Grundlage von Veränderungen um fünf, anstelle von zehn Prozent, oder mehr in zugeordneten Beständen.

3. Vorbehaltlich der Absätze 5 und 6 dieses Abschnitts läßt die Russische Föderation nach der vorläufigen Anwendung dieses Dokuments jedes Jahr zusätzlich zu ihrer nach Abschnitt II Absatz 10 Buchstabe D des Inspektionsprotokolls festgelegten passiven Quote für gemeldete Inspektionsstätten insgesamt höchstens zehn zusätzliche Inspektionen gemeldeter Inspektionsstätten, die im Einklang mit dem Inspektionsprotokoll durchgeführt werden, in Verifikationsobjekten zu,

(A) die sich innerhalb der Oblast Pskow, der Oblast Wolgograd, der Oblast Astrachan, jenes Teils der Oblast Rostow, der östlich der Linie Kuschtschewskaja – Wolgodonsk – Grenze der Oblast Wolgograd liegt und Wolgodonsk einschließt, in Kuschtschewskaja und in einem schmalen Korridor im Kraj Krasnodar, der nach Kuschtschewskaja führt, befinden;

(B) in denen durch den Vertrag begrenzte konventionelle Waffen und Ausrüstungen vorhanden sind, die von der Russischen Föderation in ihrem jährlichen Informationsaustausch vom 1. Januar 1996 als „sollen abgezogen werden“ bezeichnet wurden, solange bis eine Inspektion einer gemeldeten Inspektionsstätte bestätigt, daß diese Ausrüstung abgezogen wurde.

4. Vorbehaltlich der Absätze 5 und 6 dieses Abschnitts läßt die Ukraine nach der vorläufigen Anwendung dieses Dokuments jedes Jahr zusätzlich zu ihrer nach Abschnitt II Absatz 10 Buchstabe D des Inspektionsprotokolls festgelegten passiven Quote für gemeldete Inspektionsstätten insgesamt höchstens eine zusätzliche Inspektion einer gemeldeten Inspektionsstätte, die im Einklang mit dem Inspektionsprotokoll durchgeführt wird, in Verifikationsobjekten zu, die sich innerhalb der Oblast Odessa befinden.

5. Die Anzahl der nach den Absätzen 3 und 4 dieses Abschnitts in Verifikationsobjekten durchgeführten zusätzlichen Inspektionen gemeldeter Inspektionsstätten darf nicht größer sein als die Anzahl der nach Abschnitt II Absatz 10 Buchstabe D des Inspektionsprotokolls festgelegten Inspektionen im Rahmen der passiven Quoten für gemeldete Inspektionsstätten, die in diesen Verifikationsobjekten während desselben Jahres durchgeführt werden.

6. Alle zusätzlichen Inspektionen gemeldeter Inspektionsstätten, die nach den Absätzen 3 und 4 dieses Abschnitts durchgeführt werden,

(A) werden auf Kosten des inspizierenden Vertragsstaats im Einklang mit den jeweils geltenden handelsüblichen Tarifen durchgeführt; und

(B) werden, nach dem Ermessen des inspizierenden Vertragsstaats, entweder als

last» d'Odessa sur la base de modifications de cinq pour cent, et non de dix pour cent ou plus, de ses dotations attribuées.

3. Sous réserve des dispositions énoncées aux paragraphes 5 et 6 de la présente section, la Fédération de Russie accepte chaque année, dès l'application provisoire du présent Document, en sus de son quota passif d'inspection de site déclaré, fixé conformément à la Section II, paragraphe 10(D), du Protocole sur l'inspection, jusqu'à dix inspections supplémentaires de site déclaré conduites, conformément au Protocole sur l'inspection, sur des objets de vérification:

(A) situés dans l'«oblast» de Pskov, l'«oblast» de Volgograd, l'«oblast» d'Astrakhan, la partie de l'«oblast» de Rostov située à l'est d'une ligne allant de Kouchtchewskaya à Wolgodonsk jusqu'à la frontière de l'«oblast» de Volgograd, comprenant notamment Wolgodonsk, Kouchtchewskaya et un étroit couloir traversant le «kraï» de Krasnodar jusqu'à Kouchtchewskaya;

(B) contenant des armements et des équipements conventionnels limités par le Traité, désignés par la Fédération de Russie dans son échange annuel d'informations du 1^{er} janvier 1996 comme «devant être retirés», jusqu'au moment où une inspection de site déclaré confirme que ces équipements ont été retirés.

4. Sous réserve des dispositions énoncées aux paragraphes 5 et 6 de la présente section, l'Ukraine accepte chaque année, dès l'application provisoire du présent Document, en sus de son quota passif d'inspection de site déclaré fixé conformément à la Section II, paragraphe 10(D), du Protocole sur l'inspection, au plus une inspection supplémentaire de site déclaré conduite, conformément au Protocole sur l'inspection, sur des objets de vérification situés dans l'«oblast» d'Odessa.

5. Le nombre d'inspections supplémentaires de site déclaré conduites sur des objets de vérification en vertu du paragraphe 3 ou 4 de la présente section ne dépasse pas le nombre d'inspections fixé par le quota passif d'inspection de site déclaré, conformément à la Section II, paragraphe 10(D), du Protocole sur l'inspection, qui sont conduites sur ces objets de vérification au cours de la même année.

6. Toutes les inspections supplémentaires de site déclaré conduites conformément au paragraphe 3 ou 4 de la présente section:

(A) sont effectuées aux frais de l'Etat Partie inspecteur, conformément aux tarifs commerciaux en vigueur; et

(B) sont conduites, à la discrétion de l'Etat Partie inspecteur, soit en tant qu'in-

Odessa oblast on the basis of changes of five, rather than ten, per cent or more in assigned holdings.

3. Subject to paragraphs 5 and 6 of this Section, the Russian Federation shall, upon provisional application of this Document, accept each year, in addition to its passive declared site inspection quota established pursuant to Section II, subparagraph 10(D), of the Protocol on Inspection, up to a total of 10 supplementary declared site inspections, conducted in accordance with the Protocol on Inspection, at objects of verification:

(A) located within the Pskov oblast; the Volgograd oblast; the Astrakhan oblast; that part of the Rostov oblast east of the line extending from Kuschchewskaya to Wolgodonsk to the Volgograd oblast border, including Wolgodonsk; and Kuschchewskaya and a narrow corridor in Krasnodar kray leading to Kuschchewskaya;

(B) containing conventional armaments and equipment limited by the Treaty designated by the Russian Federation in its annual information exchange of 1 January 1996 as "to be removed", until such time that a declared site inspection confirms that such equipment has been removed.

4. Subject to paragraphs 5 and 6 of this Section, Ukraine shall, upon provisional application of this Document, accept each year, in addition to its passive declared site inspection quota established pursuant to Section II, subparagraph 10(D), of the Protocol on Inspection, up to a total of one supplementary declared site inspection, conducted in accordance with the Protocol on Inspection, at objects of verification located within the Odessa oblast.

5. The number of supplementary declared site inspections conducted at objects of verification pursuant to paragraph 3 or 4 of this Section shall not exceed the number of declared site passive quota inspections, established in accordance with Section II, subparagraph 10(D), of the Protocol on Inspection, conducted at those objects of verification in the course of the same year.

6. All supplementary declared site inspections conducted pursuant to paragraph 3 or 4 of this Section:

(A) shall be carried out at the cost of the inspecting State Party, consistent with prevailing commercial rates; and

(B) at the discretion of the inspecting State Party, shall be conducted either as a

eine Folgeinspektion oder als eine eigene Inspektion durchgeführt.

VI

1. Dieses Dokument tritt mit dem Eingang der Notifikation der Bestätigung der Zustimmung durch alle Vertragsstaaten beim Verwahrer in Kraft. Abschnitt II Absätze 2 und 3 sowie die Abschnitte IV und V dieses Dokuments werden hiermit vom 31. Mai 1996 bis 15. Dezember 1996 vorläufig angewendet. Wenn dieses Dokument nicht am 15. Dezember 1996 in Kraft tritt, wird es von den Vertragsstaaten überprüft.

2. Dieses Dokument wird in allen sechs offiziellen Sprachen des Vertrags bei der zum Verwahrer des Vertrags bestimmten Regierung des Königreichs der Niederlande hinterlegt, die allen Vertragsstaaten Abschriften dieses Dokuments übermittelt.

spections séquentielles soit en tant qu'inspections distinctes.

VI

1. Le présent Document entre en vigueur dès que le depositaire reçoit de tous les Etats Parties une notification confirmant leur approbation. Les paragraphes 2 et 3 de la section II et les sections IV et V du présent Document sont ainsi provisoirement appliqués à compter du 31 mai 1996 jusqu'au 15 décembre 1996. Si le présent Document n'entre pas en vigueur le 15 décembre 1996, il est alors réexaminé par les Etats Parties.

2. Le présent Document est déposé, dans les six langues officielles du Traité, auprès du Gouvernement du Royaume des Pays-Bas, depositaire désigné du Traité, qui diffuse des exemplaires à tous les Etats Parties.

sequential inspection or as a separate inspection.

VI

1. This Document shall enter into force upon receipt by the Depositary of notification of confirmation of approval by all States Parties. Section II, paragraphs 2 and 3, Section IV and Section V of this Document are hereby provisionally applied as of 31 May 1996 through 15 December 1996. If this Document does not enter into force by 15 December 1996, then it shall be reviewed by the States Parties.

2. This Document, in all six official languages of the Treaty, shall be deposited with the Government of the Kingdom of the Netherlands, as the designated Depositary for the Treaty, which shall circulate copies of this Document to all States Parties.

Denkschrift zum Abkommen**A. Allgemeines**

1. Die Flankenvereinbarung wurde anlässlich der ersten Konferenz zur Überprüfung der Wirkungsweise des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa und der Abschließenden Akte der Verhandlungen über Personalstärken am 31. Mai 1996 in Wien durch Entschließung angenommen. Sie erlaubt der Russischen Föderation und der Ukraine, zukünftig mehr gepanzerte Kampffahrzeuge, Kampfpanzer und Artilleriewaffen in der in Artikel V Abs. 1 Buchstabe A des KSE-Vertrags definierten Flankenregion als bisher erlaubt zu stationieren.

Die Flankenvereinbarung ist ein Kompromiß zwischen Forderungen der Russischen Föderation sowie der Ukraine einerseits, die Anzahl gepanzelter Kampffahrzeuge, Kampfpanzer und Artilleriewaffen in der Flankenregion zu erhöhen, und dem Bestreben der übrigen Vertragsstaaten andererseits, destabilisierende Kräftekonzentrationen im Anwendungsgebiet des KSE-Vertrags zu verhindern.

2. Rußland und die Ukraine führten seit Ende 1993 Klage über eine nach ihrer Auffassung in der neuen Situation Europas ungerechtfertigte Ungleichbehandlung. Sie wiesen darauf hin, daß nur sie aufgrund ihrer geographischen Gegebenheiten – u. a. in Folge der Flankenregelung gemäß Artikel V des KSE-Vertrags – neben nationalen Gesamtobergrenzen auch regionale Stationierungsbeschränkungen zu beachten hätten. Rußland sah dadurch vor allem seine Sicherheitsinteressen im Kaukasus gefährdet. Die Ukraine verwies auf die hohen Kosten, die mit einer Verlegung von Truppenteilen aus der Flankenregion in andere Teile des Landes verbunden gewesen wären.
3. Trotz eingehender Diskussionen konnte lange Zeit in dieser Frage kein Fortschritt erzielt werden. Ein fast greifbarer Erfolg Ende 1994 wurde durch den Ausbruch der Tschetschenien-Krise zunichte gemacht. Rußland präsentierte danach erst im Juli 1995 wieder neue Vorschläge mit revidierten höheren Forderungen für die Flankenregion. Im September 1995 brachten die NATO-Staaten einen Kompromißvorschlag in die gemäß Artikel XVI des KSE-Vertrags eingesetzte Gemeinsame Beratungsgruppe in Wien ein, der erstmals eine Veränderung der russischen Militärbezirksgrenzen als Grundlage einer Lösung der Flankenproblematik enthielt. Dieses Prinzip führte schließlich nach monatelangen Bemühungen in Form der vorliegenden Flankenvereinbarung zum Erfolg. Ihre zentralen Regelungen traten sofort vorläufig in Kraft. Alle Vertragsstaaten sind aufgefordert, ihre endgültige Zustimmung bis zum 15. Dezember 1996 zu erteilen.
4. Die neue Flankenvereinbarung sieht vor, die alte Flankenregion, wie sie von der UdSSR zur Zeit der Unterzeichnung des KSE-Vertrags gegenüber den übrigen Vertragsstaaten anhand einer Karte der sowjetischen Militärbezirke definiert wurde, zu verkleinern. In der Russischen Föderation gehören zukünftig die Verwaltungsgebiete (Oblast) Pskow im Norden, Wolgograd, Astrachan und Teile der Verwaltungsregionen (Kraja) Rostow und Krasnodar im Süden nicht mehr zur Flankenregion. Gleiches gilt in der Ukraine für das Verwal-

tungsgebiet (Oblast) Odessa. Die Russische Föderation kann jetzt die Waffenbestände in der Flankenregion auf verkleinertem Raum, d. h. mit größerer Dichte stationieren. Die Ukraine muß für die Einhaltung der Flankenregel nunmehr keine Truppenteile mehr dauerhaft aus der Oblast Odessa verlegen.

5. Die Russische Föderation darf in der bisherigen Flankenregion ab dem 31. Mai 1999 nicht mehr als 1800 Kampfpanzer, 3700 gepanzerte Kampffahrzeuge und 2400 Artilleriewaffen stationieren. Bis dahin dürfen die am 1. Januar 1996 als vorhanden gemeldeten Bestände nicht überschritten werden (1897 Kampfpanzer, 4397 gepanzerte Kampffahrzeuge und 2422 Artilleriewaffen).

Im Gegenzug verpflichtet sich Rußland, zusätzlich ein zweites Mal pro Jahr über die Bestände in der alten Flankenregion zu informieren und dort 10 zusätzliche Inspektionen zuzulassen. Die Ukraine wird den anderen Vertragsstaaten bereits kleinere Bestandsveränderungen ab 5 % statt bisher 10 % im Verwaltungsgebiet Odessa mitteilen und hier eine zusätzliche Inspektion pro Jahr zulassen.

6. Bei der Lösung der Flankenproblematik haben alle Vertragsstaaten verantwortungsbewußte Kooperationsfähigkeit bewiesen, die der Bedeutung des KSE-Vertrags für die europäische Sicherheitsarchitektur gerecht wurde. Das Flankenproblem wurde schließlich gelöst, ohne die Interessen kleinerer Staaten zu beschädigen.

B. Besonderes

Erläuterungen der Flankenvereinbarung und ihrer Abschnitte im einzelnen

Abschnitt I

In diesem Abschnitt wird klargestellt, daß der Artikel V des KSE-Vertrags mit unverändertem Wortlaut, allerdings unter Beachtung der Klarstellungen in Abschnitt III der Flankenvereinbarung (Verkleinerung der ehemaligen sowjetischen Militärbezirke Nordkaukasus und Odessa), spätestens bis zum 31. Mai 1999 von allen Vertragsstaaten erfüllt werden muß.

Da lediglich die Russische Föderation den Artikel V am 1. Januar 1996 nicht einhielt (die Ukraine machte vom zulässigen Mittel der in Artikel V Abs. 1 Buchstabe C des KSE-Vertrags beschriebenen vorübergehenden Stationierung Gebrauch), gilt diese Fristverlängerung nur für sie.

Abschnitt II

Dieser Abschnitt bezieht sich auf die ursprüngliche (alte) Flankenregion, wie sie von Unterzeichnung des KSE-Vertrags an bis zur vorläufigen Anwendung dieser Flankenvereinbarung für die Russische Föderation bzw. die Ukraine gültig war.

Mit den Obergrenzen (1800 Kampfpanzer, 3700 gepanzerte Kampffahrzeuge und 2400 Artilleriewaffen), die am 31. Mai 1999 in Kraft treten, wird sichergestellt, daß die Russische Föderation auch in den zukünftig nicht mehr zur Flankenregion zählenden Verwaltungsgebieten

(Oblasti) und -regionen (Kraja) nur einen begrenzten Teil ihrer zulässigen nationalen Gesamtbestände stationieren darf. Für einige der zukünftig ausgegrenzten Verwaltungsgebiete werden spezielle Obergrenzen vereinbart, die zusätzlich destabilisierende Kräftekonzentrationen verhindern.

Im Fall der Ukraine wird für das zukünftig ausgegrenzte Verwaltungsgebiet Odessa ebenfalls eine spezielle Obergrenze vereinbart, die sofort in Kraft tritt.

In Absatz 3 dieses Abschnitts wird für die Übergangszeit bis zum 31. Mai 1999 vereinbart, daß die Russische Föderation ihre Bestände in der ursprünglichen Flankenregion nicht über bestimmte Obergrenzen, die den im jährlichen Informationsaustausch gemeldeten Beständen am 1. Januar 1996 entsprechen, erhöhen darf. Damit wird auch für die Übergangszeit eine unbegrenzte Erhöhung der Waffenbestände in der alten Flankenregion ausgeschlossen.

Abschnitt III

In diesem Abschnitt wird der genaue Raum, um den die alte Flankenregion verkleinert wird, sowohl für die Russische Föderation als auch für die Ukraine beschrieben.

In einer nachträglichen Erläuterung hat die Russische Föderation am 25. Juli 1996 präzisiert, daß mit der Angabe Kuschtschewskaja ein Gebiet bezeichnet wird, das einem Kreis von 2,5 km Radius um das Hauptinstandsetzungswerk in Kuschtschewskaja entspricht. Der „schmale Korridor im Kraj Krasnodar, der nach Kuschtschewskaja“ führt, hat demnach eine Breite von 5 km.

Abschnitt IV

Dieser Abschnitt regelt die Anwendung einiger im KSE-Vertrag angelegter „Flexibilitäten“, die bereits im Verlauf der vorbereitenden Verhandlungen für die Flankenvereinbarung bedeutsam waren.

Die Verwendung von vertraglich begrenzten Waffensystemen, die eigentlich in Depots einzulagern wären, in aktiven Einheiten ist bisher nur unter engen zeitlichen Auflagen und in begrenztem Umfang möglich. Die Vertragsstaaten haben vereinbart, diese Regeln mit dem Ziel weiterer „Liberalisierung“ bis zum 31. Mai 1999 zu prüfen.

Der Russischen Föderation wird zugestanden, von der in Artikel V Abs. 1 Buchstabe C angelegten Flexibilität der vorübergehenden Stationierung in höchstmöglichem Umfang Gebrauch zu machen, d.h. die eigentlich für die gesamte Vertragsstaatenengruppe gedachte Quote weitgehend allein auszuschöpfen. Allerdings darf dies nur im Einverständnis mit dem Vertragsstaat, auf dessen Territorium die Waffensysteme stationiert werden sollen, geschehen.

Ergänzend wird noch einmal auf die vertraglich eingeräumte Flexibilität des Artikels VII Abs. 3 des KSE-Vertrags hingewiesen, nach der eine nachträgliche Veränderung der nationalen Waffenobergrenzen im Einvernehmen mit anderen Vertragsstaaten möglich ist. Im Fall der Russischen Föderation müßte das Abkommen von Taschkent vom 15. Mai 1992 geändert werden, mit dem die Nachfolgestaaten der UdSSR deren Erbe verteilten.

In Absatz 4 wird klargestellt, daß die Russische Föderation gepanzerte Kampffahrzeuge, die im Informationsaustausch zum 1. Januar 1996 mit dem Zusatz „sollen abgezogen werden“ gekennzeichnet waren, spätestens bis 31. Mai 1999 abziehen oder andernfalls bei den Bestandszahlen für die Flankenregion berücksichtigen muß.

Abschnitt V

Dieser Abschnitt beinhaltet zusätzliche Pflichten für die Russische Föderation und die Ukraine, mittels derer die Transparenz ihrer jeweiligen Streitkräfte in der Flankenregion noch weiter gefördert werden soll.

Die Russische Föderation wird häufiger als bisher über die Bestände in der gesamten alten Flankenregion informieren und in dem ausgegrenzten Gebiet jährlich zehn zusätzliche Inspektionen zulassen. Die Ukraine wird den anderen Vertragsstaaten bereits kleinere Bestandsveränderungen ab 5% statt bisher 10% im Verwaltungsgebiet Odessa mitteilen und hier jährlich eine zusätzliche Inspektion zulassen.

Vom Recht der Zusatzinspektion darf nur in dem Umfang Gebrauch gemacht werden, so daß die Anzahl der Zusatzinspektionen in der ursprünglichen Flankenregion die Summe der durchgeführten Routineinspektionen nicht übersteigt.

Die Kosten der Zusatzinspektionen sind in vollem Umfang vom inspizierenden Vertragsstaat zu tragen. Dies weicht von der Regelung für Routineinspektionen ab, bei denen der inspizierte Vertragsstaat die Kosten ab dem offiziellen Einreiseort übernimmt.

Abschnitt VI

Die Kernregelungen der Flankenvereinbarung (Abschnitt II Abs. 2 und 3 sowie die Abschnitte IV und V) werden seit dem 31. Mai 1996 vorläufig angewendet, um den seit dem 17. November 1995 (Wirksamwerden der Waffenobergrenzen) bestehenden Schwebezustand umgehend zu beenden.

Die Flankenvereinbarung wird erst nach Abschluß der erforderlichen innerstaatlichen Zustimmungsverfahren und sobald alle 30 Vertragsstaaten dem Verwahrer des Vertrags, dem Königreich der Niederlande, dies notifiziert haben, in Kraft gesetzt. Geschieht dies bis zum 15. Dezember 1996 nicht, wird die Flankenvereinbarung erneut von den Vertragsstaaten überprüft werden.

18.10.96

Stellungnahme

des Bundesrates

Entwurf eines Gesetzes zum Dokument vom 31. Mai 1996 zur
Änderung des Vertrages vom 19. November 1990 über konventionelle
Streitkräfte in Europa (Flankenvereinbarung)

Der Bundesrat hat in seiner 703. Sitzung am 18. Oktober 1996 beschlossen, gegen
den Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes keine Einwendun-
gen zu erheben.